



**Bayerischer
Landesfrauenausschuss**

Im Dezember 2008
Ausgabe Nr. 12 / 2008

12. Rundbrief des Bayerischen Landesfrauenausschusses 2008

Wir begrüßen Sie ganz herzlich in unserem aktuellen Rundbrief!

Trotz aller Bemühungen um Gleichberechtigung werden Frauen in den meisten Ländern weiterhin benachteiligt. Dies geht aus dem neuesten Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen hervor, der unlängst in Berlin vorgestellt wurde. Und diese Tatsache gilt auch für Deutschland: Auf einer Rangliste des Weltwirtschaftsforums (WEF) über die Gleichstellung der Frauen fiel die Bundesrepublik erneut zurück, von Platz sieben auf Platz elf. Die dritte Rückstufung Deutschlands seit 2006 begründet das Forum mit einer wachsenden Kluft bei der wirtschaftlichen und politischen Beteiligung von Frauen.

Im jährlich vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) veröffentlichten Bericht heißt es, die Diskriminierung von Frauen sei „in vielen Kulturen weit verbreitet und tief verwurzelt“. Deshalb sind von der ärmsten Milliarde der Weltbevölkerung 60 Prozent Frauen und Mädchen. Zwei Drittel der weltweit 960 Millionen erwachsenen Analphabeten sind weiblich. 70 Prozent der 130 Millionen Kinder, die keine Schule besuchen, sind Mädchen.

Von rund 6,75 Milliarden Menschen auf der Welt sind rund 3,35 Milliarden Frauen. Bis 2050 wird die Bevölkerung den Prognosen zufolge um eine bis vier Milliarden steigen – am meisten in Entwicklungsländern. Ein Grund des Anstiegs ist, dass weltweit etwa 200 Millionen Frauen keinen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. Jährlich bekommen rund 14 Millionen Mädchen schon als Teenager Kinder, davon die Hälfte ungewollt. Besondere Sorge bereitet der UNFPA außerdem die hohe Müttersterblichkeit.

Unser Fazit: Es bleibt noch viel zu tun!

Eine spannende Lektüre sowie eine freudige Vorweihnachtszeit wünscht

Der Bayerische Landesfrauenausschuss
Das Präsidium
Die Geschäftsführung

1. Neues vom BayLFA:

- a) Präsidentin Rüger ist beratendes Mitglied des Deutschen Frauenrates**
- b) Neuer Mitgliedsverband: Aufnahme der Unternehmer- und Meisterfrauen**
- c) Neue Stellungnahme verabschiedet zur Situation der Migrantinnen**
- d) Vortrag von Prof. Gottberg: „Selbstkontrollen im Medienbereich“**

2. Männer verdienen brutto durchschnittlich 4,24 Euro mehr in der Stunde als Frauen

3. Extreme Unterschiede bei Auswahl des Studienfaches zwischen Frauen und Männern

4. 150 Millionen Euro für mehr Professorinnen: Universitäten für Anschubfinanzierung vorausgewählt

5. Arbeitsbedingungen in Technikberufen schrecken Akademikerinnen ab

6. „Berufundfamilie-Index“: Unternehmen können Familienfreundlichkeit überprüfen

7. Neuer „Gender-Index“

8. Neue Studien:

a) OECD: Armut wächst rasant, vor allem Alleinerziehende sind betroffen

b) Berufliche Situation von Migrantinnen in Deutschland

c) Studiengebühren schrecken tausende Abiturienten ab und besonders die jungen Frauen

d) Aufstieg aus Niedriglohn-Jobs in besser bezahlte Arbeit schafft nur jede vierte Frau

9. Neue Rechtsprechung:

a) Ehepaare bei künstlicher Befruchtung finanziell im Vorteil

b) Ausübung des elterlichen Sorgerechts im Hinblick auf Kindergartenbesuch

c) Mädcheninternat muss keinen männlichen Erzieher einstellen

10. Veranstaltungen: „MINT – Jungen sind besser. Mädchen auch!“

1. Neues vom BayLFA:

a) Präsidentin Rüger ist beratendes Mitglied des Deutschen Frauenrates

Die Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenausschusses, Frau Hildegund Rüger, ist zum beratenden Mitglied des Deutschen Frauenrates gewählt worden. Wir gratulieren und freuen uns mit ihr!

b) Neuer Mitgliedsverband: Aufnahme der Unternehmer- und Meisterfrauen im Handwerk Bayern e.V.

In der Vollversammlung am 12.11.2008 hat der Bayerische Landesfrauenausschuss einen neuen Mitgliedsverband, die Unternehmer- und Meisterfrauen im Handwerk Bayern e.V., aufgenommen. Der Landesverband besteht aus rund 1.300 Mitgliedern und ist unterteilt in 25 Regionalgruppen, so genannte Arbeitskreise. Bundesweit gibt es 160 Arbeitskreise mit 7.200 Mitgliedern. Der Bundesverband hat seinen Sitz in Berlin und ist Mitglied im Deutschen Frauenrat.

Der Verband besteht hauptsächlich aus im Handwerksbetrieb mitarbeitenden Ehefrauen. Aber auch selbständige Meisterinnen sind im Verband repräsentiert. Durch ihre Leistungen für die handwerklichen Familienbetriebe tragen die mitarbeitenden Frauen maßgeblich zu deren Erhalt bei. Das Ziel des Landesverbandes ist es, die qualitative Gleichstellung der mitarbeitenden Frauen innerhalb der Handwerksbetriebe und der Handwerksorganisationen zu erreichen, indem er in Seminaren, Fortbildungen und Tagungen die berufliche und persönliche Kompetenz der Unternehmerfrauen stärkt.

Wir begrüßen die Unternehmer- und Meisterfrauen sehr herzlich in unseren Reihen und freuen uns auf gemeinsames „Netzwerken“.

c) Neue Stellungnahme verabschiedet zur Situation der Migrantinnen

Der Bayerische Landesfrauenausschuss hat eine bildungspolitische Stellungnahme verfasst mit dem Titel:

„Bildung von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund und deren Integration und gesellschaftliche Teilhabe“.

Tatsächlich haben Menschen mit Migrationshintergrund am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich größere Schwierigkeiten als solche ohne Migrationshintergrund. Sie finden seltener einen Ausbildungsplatz, sind häufiger arbeitslos oder nehmen am Arbeitsmarkt schlechtere Positionen ein.

Zwar werden in zahlreich vorliegenden Studien, Forschungsberichten und politischen Programmen die vorhandenen allgemeinen Fakten und Probleme ausführlich beleuchtet. Dabei fällt allerdings auf, dass der besonderen Situation von Mädchen und

Frauen mit Migrationshintergrund in den Studien und Berichten kaum Beachtung geschenkt wird. Gerade den Frauen und Müttern kommt eine wichtige Rolle bei der Einbindung der jungen Generation in die deutsche Gesellschaft zu. Darüber hinaus sind Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit wesentliche Ziele der Integration. Wir können und wollen in unserer heutigen Bildungs- und Wissensgesellschaft nicht auf die Ressourcen dieser Frauen und Mädchen verzichten.

Grundsätzlich ist daher zu fordern, dass die spezifische Lage und die besonderen Bedürfnisse dieser Frauen und Mädchen stärker als bisher berücksichtigt werden müssen. Das gilt in der Forschung und in der Politik.

Der Bayerische Landesfrauenausschuss fordert daher im Hinblick auf Kindergarten, Schule und Ausbildung:

- Noch höhere Stundenzahlen bei der Sprachförderung und bei den Angeboten einer begleitenden Sprachförderung in allen Bildungsbereichen;
- frühzeitige und intensive Sprachförderung im Kindergarten;
- Ausbau der Ganztagschulen und spezifische Unterstützungsangebote zur sozialen Integration für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund;
- Einbindung der Eltern in Kindergarten und Schule und begleitende Unterstützungsangebote, damit sie ihren Kindern die notwendige Unterstützung bieten und Einblick in das deutsche Bildungssystem vermitteln können;
- Aufbau und Ausweitung von ergänzenden Unterstützungssystemen wie Mentoring, Patenschaften usw.;
- Entwicklung von geeigneten und zukunftsorientierten Möglichkeiten zur Nachqualifizierung von jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund ohne Berufsabschluss;
- ausreichende finanzielle Ausstattung von Schulen und Kindertagesstätten bei eigenverantwortlicher Verwendung der Mittel durch die Einrichtungen zur gezielten Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund;
- Motivation von Migrantinnen und Migranten zur Ergreifung von pädagogischen Berufen zum Beispiel durch Lehramtsstipendien;¹
- Bereitschaft zur Integration - unter Beibehaltung der kulturellen Eigenheiten sowie der Muttersprache - unter Wahrung der im Grundgesetz verankerten Rechte und Pflichten der Menschen, die in Deutschland leben.

Im Hinblick auf junge Mädchen und Frauen gilt:

Junge Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund brauchen geeignete Angebote zur persönlichen und beruflichen Bildung sowie zur Weiterbildung als wesentlicher Voraussetzung zur Integration in die Arbeitsgesellschaft. Erwerbsarbeit bedeutet für

¹ Siehe Hertie-Stiftung oder Projekt „Horizonte“ in Kooperation mit der Universität Frankfurt

Frauen Existenzsicherung und Selbstverwirklichung. Frauen mit Migrationshintergrund müssen die Chance haben, durch eine qualifizierte Erwerbstätigkeit ein selbstverantwortetes und gleichberechtigtes Leben zu führen.

Der Bayerische Landesfrauenausschuss fordert daher im Hinblick auf junge Mädchen und Frauen:

- Ausweitung der Möglichkeiten zur Teilnahme an Integrations- und Orientierungskursen gerade für junge Frauen und Mädchen;
- Entwicklung von geeigneten Verfahren, um die im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen, Kompetenzen und Abschlüsse anzuerkennen und sie an die Anforderungen der deutschen Arbeitswelt anzupassen²;
- Angebote zur Förderung von Mädchen bezüglich der Berufswahl entsprechend ihrer Begabungen und im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Erwerbstätigkeit;
- berufsbezogene Sprachförderung und Pflege der eigenen Muttersprache für Frauen und Mädchen;
- Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Mütter im sozialen Umfeld³.

Die vollständige Stellungnahme finden Sie im Internet unter www.lfa.bayern.de.
Wir bitten Sie, unsere Forderungen zu unterstützen!

d) Vortrag von Prof. Gottberg: „Selbstkontrollen im Medienbereich“

Prof. Dr. Joachim von Gottberg (Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen, Berlin) hat vor dem medienpolitischen Ausschuss des Bayerischen Landesfrauenausschusses einen Vortrag zu dem Thema

„Selbstkontrollen im Medienbereich“

gehalten. Der Vortrag ist auf Anfrage bei der Geschäftsführung des Bayerischen Landesfrauenausschusses zu erhalten.

2. Männer verdienen brutto durchschnittlich 4,24 Euro mehr in der Stunde als Frauen

Spätestens beim Geldbeutel ist nach wie vor Schluss mit der Gleichberechtigung. Männer verdienen im Durchschnitt immer noch ein Viertel mehr Geld als Frauen. Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes lag der durchschnittliche Brutostundenverdienst der Männer mit 18,44 Euro im vergangenen Jahr um mehr als vier Euro höher als der der Frauen (diese verdienen brutto pro Stunde im Schnitt nur 14,20 Euro).

² Zum Beispiel Externenprüfung, Arbeitserprobung, Nutzen von Familienkompetenzen

³ Zum Beispiel „Stadtteilmütter“; wichtig ist die Erreichbarkeit in Laufnähe

Gründe sind vor allem die unterschiedliche Berufswahl der Geschlechter und die wesentlich höhere Teilzeitquote bei den Frauen. Eine Tätigkeit in Teilzeit ist im Schnitt deutlich schlechter bezahlt als eine Vollzeittätigkeit. In typischen Frauenberufen sind die Stundenlöhne besonders niedrig.

Gut bezahlte Jobs zum Beispiel in der Luftfahrt oder in Führungspositionen sind den Untersuchungen zufolge mehrheitlich immer noch Männersache.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen kommentierte:

„Wir müssen konsequent weiter daran arbeiten, die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen. Einer der Gründe für den schlechteren Verdienst von Frauen sind die immer noch hohen Hürden, Familie und Beruf gut miteinander zu vereinbaren“.

Die neue bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer äußerte sich dazu: "Diese Gehaltsdifferenz ist völlig inakzeptabel. Ein reiches Land wie Deutschland belegt damit in Europa bei den Lohnunterschieden einen der hintersten Plätze. Eine Ursache hierfür ist die geringere Bewertung von Tätigkeiten, die überwiegend Frauen ausüben. Exemplarisch hierfür stehen anspruchsvolle, aber geringer vergütete Tätigkeiten wie die Pflege und die Kindererziehung. Hier ist ein Umdenken in unserer Gesellschaft gefordert. Solche Tätigkeiten verdienen eine höhere Wertschätzung, die sich auch in Euro und Cent ausdrücken muss.“

Quellen: Süddeutsche Zeitung, 15. November 2008 und Pressemitteilung des StMAS

3. Extreme Unterschiede bei Auswahl des Studienfaches zwischen Frauen und Männern

Beim Thema Studium leben Frauen und Männern in verschiedenen Welten. So gibt es zwischen einzelnen Studiengängen oft extreme Unterschiede in Sachen Beliebtheit: Es gibt ganz klar frauendominierte Fächer wie Haushalts- und Ernährungswissenschaften (86,8 Prozent), Tiermedizin (81,7 Prozent), Kunst (81,7 Prozent) oder Sonderpädagogik (79 Prozent). Dem stehen andere Fächer gegenüber, bei denen Männer ganz klar in der Mehrheit sind. Dazu gehören beispielsweise die Elektrotechnik (91,7 Prozent), Verkehrstechnik (91,2 Prozent), Informatik (85,2 Prozent) oder Ingenieurswesen (84,1 Prozent).

Aber auch zwischen den einzelnen Hochschulen kann der Unterschied mit Blick auf die Geschlechterverteilung erheblich sein. Zu den großen Unis mit dem höchsten Frauenanteil gehören die LMU München, die FU Berlin sowie die Unis Leipzig, Frankfurt/Main und Tübingen. Die fünf Unis mit dem höchsten Männeranteil sind die TU München, die RWTH Aachen, die Fern-Uni Hagen, die TU Dresden und die Uni Hannover.

Quelle: Der neue Tag, 14. Oktober 2008

4. 150 Millionen Euro für mehr Professorinnen: Universitäten für Anschubfinanzierung vorausgewählt

Unter Studierenden sind etwa genauso viele Frauen wie Männer. Auch bei der Promotion liegt der Frauenanteil noch bei über 40 Prozent. Unter den Hochschullehrern mit Professorentitel sind dann allerdings nur noch knapp 15 Prozent.

Doch das soll sich ändern: Mit 150 Millionen Euro wollen Bund und Länder bis zu 140 Stellen für Spitzenforscherinnen fördern, um die Chancen von Frauen auf eine Professur zu verbessern. Das Bundesbildungsministerium will so mehr exzellente Forscherinnen an die Spitze bringen.

113 Hochschulen aus 15 Bundesländern haben sich mit ihren Gleichstellungskonzepten auf die erste Ausschreibung des Professorinnenprogramms beworben. 79 Bewerbungen waren erfolgreich. Diese Hochschulen können nun Förderanträge stellen.

Spitzenbewertungen haben erzielt die Universitäten Bremen, Kassel und Trier, in Hamburg die Hochschule für angewandte Wissenschaften und die Universität Hamburg, die Technische Universität Braunschweig sowie die Göttinger Fachhochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst.

Die Fördermittel sollen in einer Anschubfinanzierung für fünf Jahre fließen und vornehmlich vorgezogene Berufungen von Frauen auf unbefristete W2- und W3-Professuren ermöglichen. Es sei aber auch denkbar, mit den Fördermitteln die Berufung auf eine freie Professur zu ermöglichen. Junge Frauen erhielten so mehr Vorbilder und Motivation für ihre Wissenschaftskarrieren.

Quelle: Die Welt, 4. September 2008

5. Arbeitsbedingungen in Technikberufen schrecken Akademikerinnen ab

Die Arbeitsbedingungen in Technikberufen sind nach wie vor stark auf Männer ausgerichtet. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass Frauen mit einem entsprechenden Studienabschluss (wie etwa Maschinenbau, Elektrotechnik oder Informatik) über kurz oder lang in andere Jobs abwandern.

Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung. Laut Studienautorin Franziska Schreyer ist nicht in erster Linie das Desinteresse der Frauen verantwortlich für den geringen Frauenanteil in stark männerdominierten Technikberufen. Ausschlaggebend seien vielmehr die für Frauen unattraktiven Arbeitsbedingungen, die oft auf traditionelle Geschlechterstereotypen zurückgingen. So sei beispielsweise Arbeiten auf Teilzeitbasis nur selten möglich. Zudem schreckten unflexible und überlange Arbeitszeiten, geringere Löhne und schlechtere Aufstiegschancen für Frauen diese ab.

Frauen mit einem Studienabschluss in einem technischen Beruf verlassen die Unternehmen laut der Studie meist schnell wieder. So arbeite beispielsweise nicht einmal jede dritte ausgebildete Ingenieurin in einem Ingenieursberuf. Und die Erwerbslosenquote von Ingenieurinnen liegt über derjenigen der Männer. Schreyer fordert daher „ein Umdenken in den Betrieben: die Diskussion ist oft einseitig. Man denkt immer an die widerspenstigen Frauen, die zur Technik überredet werden müssen. Dabei muss auch die Arbeitswelt sich ändern“.

Literatur: Franziska Schreyer, Akademikerinnen im technischen Feld, IAB-Bibliothek
Quelle: FrauenSicht, November 2008

6. „Berufundfamilie-Index“: Unternehmen können Familienfreundlichkeit überprüfen

Das Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (FFP) hat im Auftrag der gemeinnützigen Hertie-Stiftung und mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums ein neuartiges Instrument namens „berufundfamilie-Index“ entwickelt. Mit diesem Instrument können Unternehmen selbstständig das Familienbewusstsein der eigenen Personalpolitik überprüfen. Seine Praxistauglichkeit hat der Index im Rahmen einer deutschlandweit durchgeführten repräsentativen Unternehmensbefragung unter rund 1.000 Geschäftsführern und Personalverantwortlichen bereits bewiesen.

Der Indexwert bildet alle drei wesentlichen Aspekte betrieblichen Familienbewusstseins ab: den Dialog zwischen Unternehmensführung und Mitarbeitern, die Leistung in Form betrieblicher familienbewusster Maßnahmen sowie eine familienbewusste Unternehmenskultur.

Zur Ermittlung des jeweils individuellen Indexwertes werden anhand eines Fragebogens diejenigen unternehmensspezifischen Faktoren erhoben, die für die verschiedenen Dimensionen des betrieblichen Familienbewusstseins maßgeblich sind: Diese Faktoren werden zu einem Punktwert zusammengefasst, der aufgrund der unterschiedlichen Ausprägung der abgefragten Faktoren zwischen 0 und 100 liegen kann. Ein berufundfamilie-Index Wert von 100 bedeutet dabei sehr familienbewusst, ein Wert von 0 bedeutet gar nicht familienbewusst.

Im Internet ist der Index unter www.berufundfamilie-index.de zu finden.

7. Neuer „Gender-Index“

Umfangreiche Daten zur Chancengleichheit von Frau und Mann liefert auch das neue Web-Portal namens „Gender-Index“. Es zeigt für jeden deutschen Landkreis und jede kreisfreie Stadt, wie es um die Gleichstellung in Sachen Ausbildung, Beruf oder politische Partizipation bestellt ist. Erstellt wurde das Portal von der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Im Mittelpunkt des neuen Gender-Indexes steht eine Deutschlandkarte. Durch Anklicken der Kreise und Städte lässt sich genau ermitteln, inwieweit Frauen und Männer dort beispielsweise in Bezug auf Bildungs- und berufliche Situation gleichgestellt sind. Die Chancengerechtigkeit wird aufgrund verschiedener Faktoren ermittelt wie die Schulabbrecherquoten, die Erwerbs- und Arbeitslosenquoten oder das durchschnittliche Einkommen.

Besonders interessant ist, dass somit erstmals der direkte Vergleich der Situation von Frauen in Ballungsräumen und in eher ländlichen Strukturen möglich wird. Der Index bietet insgesamt leicht zugängliche und umfassende lokale Daten. Der Index wird ferner jährlich aktualisiert.

Der Link ist im Internet unter www.gender-index.de zu finden.

8. Neue Studien:

a) OECD: Armut wächst rasant, vor allem Alleinerziehende sind betroffen

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland seit der Jahrtausendwende im internationalen Vergleich deutlich stärker geöffnet. Die Einkommensunterschiede und der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung nahmen in der Bundesrepublik schneller zu als in den meisten anderen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Das geht aus der gerade veröffentlichten OECD-Studie „Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?“ hervor.

Der Anstieg zwischen 2000 und 2005 habe dabei die Zunahme in den gesamten vorherigen 15 Jahren übertroffen. Während die Armutsquote in Deutschland Anfang der 90er Jahre noch rund ein Viertel geringer war als im OECD-Mittel, liegt der Anteil der Menschen, die in relativer Armut leben, der Studie zufolge mittlerweile knapp über dem OECD-Durchschnitt. Auch die Einkommensunterschiede, die im internationalen Vergleich lange Zeit eher gering gewesen seien, hätten fast das OECD-Niveau erreicht. Abgesehen von Frankreich, Spanien, Irland, Griechenland und der Türkei hat in allen 30 OECD-Ländern die Einkommensungleichheit zwischen 1985 und 2005 zugenommen, heißt es in der Untersuchung.

Die OECD-Untersuchung macht mehrere Entwicklungen für die Zunahme von Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland verantwortlich. Seit Mitte der 90er Jahre hätten sich die Löhne und Gehälter drastisch auseinander bewegt. Außerdem trug in der Bundesrepublik die Arbeitslosigkeit mehr als in den meisten anderen OECD-Ländern zur ungleichen Einkommensverteilung bei: Zwischen 1995 und 2005 sei der Anteil der Menschen, die in Haushalten ohne jedes Erwerbseinkommen leben, auf 19,4 Prozent gestiegen. Das ist der höchste Wert innerhalb der OECD.

Schließlich haben der Studie zufolge Veränderungen bei der Haushaltsstruktur zu mehr Ungleichheit in Deutschland geführt. In den vergangenen Jahren habe sich die Zahl der Single-Haushalte und Alleinerziehenden deutlich erhöht. Kleine Haushalte benötigen jedoch ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als größere, um denselben Le-

bensstandard zu erreichen. Deutlich zugenommen hat den Angaben nach auch die Kinderarmut. 1985 lebten noch sieben Prozent der Kinder in einem Haushalt, der weniger als die Hälfte des deutschen Durchschnittseinkommens bezog. 2005 seien es bereits 16 Prozent gewesen.

Quelle: www.tagesschau.de, 21. Oktober 2008

b) Berufliche Situation von Migrantinnen in Deutschland

Eine neue Studie mit dem Titel „Migration, Geschlecht, Arbeit – Probleme und Potenzial von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt“ zeigt, wie unterschiedlich die Erwerbschancen zwischen den Geschlechtern und Nationalitäten sind. Dabei spielen auch die regional unterschiedlichen Strukturen auf dem Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. So sind Irakerinnen in Augsburg zu 61 Prozent arbeitslos gemeldet, im gut 70 Kilometer entfernten München sind es dagegen nur 25 Prozent.

„Lokale Beschäftigungsstrukturen und Netzwerke geben den Ausschlag“, so die Begründung der Autoren der Studie. In der Analyse werden Bayern und Brandenburg berücksichtigt. Insbesondere werden die geschlechterbezogenen Problemlagen dargestellt, die ansonsten kaum untersucht werden. „Nicht jede Kopftuch tragende Türkin möchte zu Hause beleiben und sich um die Familie kümmern. Stereotype und Vorurteile erschweren jedoch den Zugang zum Arbeitsmarkt, weil Migrantinnen oft bestimmte Kompetenzen aberkannt werden.“, so lautet das Fazit der Untersuchung.

Die Studie wurde im Rahmen der Equal-Entwicklungspartnerschaft namens „MigraNet“ von Competence Consulting durchgeführt. Das Netzwerk MigraNet erarbeitet Konzepte und Maßnahmen für die berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Augsburg, München und Nürnberg.

Quelle: Augsburger Allgemeine, 16. Oktober 2008

c) Studiengebühren schrecken tausende Abiturienten ab und besonders die jungen Frauen

Studiengebühren halten Abiturienten vom Studieren ab. Bis zu 18.000 von ihnen entschieden sich im Jahr 2006 wegen der Campusmaut gegen ein Studium, belegt eine Untersuchung des Hochschulinformations-Systems (HIS). Diese gut 60-seitige Studie wurde unlängst von dem Bundesbildungsministerium veröffentlicht. Die Hannoveraner Bildungsforscher stellten fest, dass 6000 bis 18.000 Studienberechtigte im Jahr 2006 nicht an eine Hochschule gingen, weil ihnen die finanzielle Last durch die Studiengebühren als zu hoch erschien. Besonders einschüchternd wirken die Gebühren auf zwei bestimmte Gruppen, nämlich junge Frauen und Abiturienten, deren Eltern keine Uni besucht haben. Und: Die Studiengebühren verunsichern auch Studienberechtigte in Bundesländern, in denen es keine Campusmaut gibt.

Insgesamt entschied sich im untersuchten Jahr knapp jeder fünfte Studienberechtigte gegen den Besuch einer Hochschule. Das Ministerium betonte hierzu, die Studien-

gebühren kämen erst auf Platz fünf der Verzichtgründe der Abiturienten. Der Großteil der Berechtigten gibt demnach an, möglichst schnell Geld verdienen zu wollen (70 Prozent), gut die Hälfte möchte lieber gleich praktisch arbeiten, als die Hörsaalbank zu drücken (51 Prozent). Jeder Dritte fürchtet die lange Dauer eines Studiums, 28 Prozent brauchen für ihr Berufsziel kein Studium - und bei jedem Vierten (26 Prozent) überschreiten die Gebühren ihre finanziellen Möglichkeiten. Weitere 24 Prozent geben an, ihnen fehlten insgesamt die finanziellen Voraussetzungen.

Quelle: Der Spiegel, 31. Oktober 2008

d) Aufstieg aus Niedriglohn-Jobs in besser bezahlte Arbeit schafft nur jede vierte Frau

Die Ausbreitung des Niedriglohns trifft Frauen besonders. Das ist das Fazit von Berechnungen des Institutes „Arbeit und Qualifikation“ (IAQ) der Universität Duisburg-Essen. Die Eckpunkte der Untersuchung sind die folgenden:

- Frauen stellten schon 2006 fast 70 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten.
- Fast jede dritte Frau (30,5 Prozent) arbeitet für wenig Geld; 1995 galt das erst für ein Viertel der Frauen.
- Auch bei vollzeitbeschäftigten Frauen liegt der Niedriglohnanteil mit circa 23 Prozent etwa doppelt so hoch wie bei vollzeitbeschäftigten Männern.
- Wegen des Zusammentreffens von niedrigen Stundenlöhnen und kurzen Arbeitszeiten ist eine eigenständige Existenzsicherung für viele Frauen kaum möglich.
- Während es jedem zweiten Mann gelingt, innerhalb von fünf Jahren aus einem Niedriglohnjob in besser bezahlte Arbeit aufzusteigen, schafft dies bei den Frauen nur jede Vierte.

Nach Ansicht der IAQ-Expertise müssen deshalb „die Rahmenbedingungen für Frauenerwerbstätigkeit verbessert werden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und das Steuer- und Sozialversicherungssystem modernisiert“ werden.

Quelle: frau&politik, 11. November 2008

9. Neue Rechtsprechung:

a) Ehepaare bei künstlicher Befruchtung finanziell im Vorteil

Verheiratete und nicht verheiratete Paare sind nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bei der Finanzierung der künstlichen Befruchtung nicht gleichgestellt. Es sei mit dem Grundgesetz vereinbar, „gesetzlich versicherte Partner einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft von der Sachleistung einer medizinischen Maßnahme zur Herbeiführung einer Schwangerschaft auszuschließen“, so die obersten Richter. Ihrer Begründung zufolge wäre die Ungleichbehandlung im System der gesetzlichen Krankenversicherung nur dann nicht zu rechtfertigen, wenn die künstliche Befruchtung der Beseitigung einer Krankheit dienen würde.

In der Folge haben nichteheliche Paare mit unerfülltem Kinderwunsch keinen Anspruch auf Beteiligung der Kassen an den Kosten für eine In-Vitro-Fertilisation. Bei Ehepaaren finanzieren die gesetzlichen Versicherungen seit 2004 die In-Vitro-Fertilisation zur Hälfte, jedoch höchstens für drei Versuche. Dazu müssen die beiden Ehepartner das 25. Lebensjahr vollendet haben, wobei die Frau nicht älter als 40 und der Mann nicht über 50 Jahre alt sein darf.

Quelle: edp sozial, Oktober 2008

b) Ausübung des elterlichen Sorgerechts im Hinblick auf Kindergartenbesuch

Das OLG Bremen hat unlängst eine Entscheidung betreffend die Ausübung des Sorgerechts gefällt:

Die Frage, wer das Kind vom Kindergarten, Hort oder der Schule abholen und in den Haushalt des betreuenden Elternteils begleiten darf, betrifft eine Angelegenheit des täglichen Lebens. Sie kann daher von dem rechtmäßig betreuenden Elternteil bei gemeinsamer elterlicher Sorge allein entschieden werden.

Az.: Beschluss vom 1. Juli 2008 – 4 UF 39/08

Quelle: NJW S. V / Heft 41/2008

c) Mädcheninternat muss keinen männlichen Erzieher einstellen

Ein Mädcheninternat, das keine männlichen Erzieher einstellt, verstößt nicht gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Dies hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz unlängst entschieden. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Urteils ist die Revision beim Bundesarbeitsgericht zugelassen. Das Mädcheninternat hatte die Bewerbung eines Diplom-Sozialpädagogen abgelehnt, ohne die Unterlagen zu prüfen. Es begründete dies damit, dass es nur weibliche Fachkräfte einstelle. Gegen diesen Entscheid reichte der Pädagoge Klage ein. Er begründete diese damit, dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz jede geschlechtsspezifische Benachteiligung am Arbeitsplatz verbiete - dies gelte auch für das Bewerbungsverfahren.

Laut dem Landesarbeitsgericht hat das Mädcheninternat nicht gegen das AGG verstoßen. Das Gericht hält eine Ungleichbehandlung zwischen Frau und Mann für zulässig, wenn es dafür einen sachlichen Grund gibt. Und der sei hier gegeben. Erzieherinnen in einem Mädcheninternat kämen zum Beispiel mit der Intimsphäre der Mädchen in Berührung. Ein Mann sei deshalb in dieser Position nicht tragbar.

Quelle: FrauenSicht, November 2008

10. Veranstaltung: „MINT – Jungen sind besser. Mädchen auch!“

Die bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen sowie für Unterricht und Kultus veranstalten in Kooperation eine Tagung namens

„**MINT - Jungen sind besser. Mädchen auch!**“ für Schulen, Hochschulen, Unternehmen und Multiplikatoren. Die Tagung findet **am 22. Januar 2009** in Ingolstadt statt.

Qualifizierter Nachwuchs in technischen Berufsfeldern ist eine Voraussetzung, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern. Bis zum Jahr 2013 werden deutschlandweit 85.000 Ingenieure und 70.000 Naturwissenschaftler aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden, doch schon heute kann der Bedarf an Nachwuchskräften in den sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) nicht gedeckt werden. Es herrscht nicht nur Mangel an weiblichen Nachwuchskräften - beide Geschlechter nutzen ihr Potenzial zu wenig. Stehen MINT-Fächer und -berufe bald vor dem Aus?

Die Veranstalter laden zur Diskussion zu den zentralen Fragen dieser Veranstaltung:

- Wie können Schulen, Hochschulen und Unternehmen zusammenarbeiten, um Interesse an MINT-Fächern und -Berufen zu wecken und zu fördern?
- Wie (und ab welchem Alter) kann man Schülerinnen und Schüler beziehungsweise angehende Studierende für MINT-Fächer begeistern?
- Ist eine geschlechterspezifische Ansprache und Förderung von Mädchen/Frauen und Jungen/Männern in den MINT-Fächern und -Berufen notwendig?
- Wie kann Schülern und Schülerinnen beziehungsweise Studierenden ein realistisches Bild der MINT-Berufswelt vermittelt werden?

Die Veranstaltung ist kostenfrei. Es besteht die Möglichkeit, an Werksführungen bei AUDI teilzunehmen. Anmeldung ist bis **16.12.2008** möglich.

**Veranstaltungsort: AUDI AG – Bildungszentrum (BIZ)
Hindemithstr. 27, 85057 Ingolstadt**

Download des Flyers sowie des Anmeldeformulars ist möglich unter:
www.stmas.bayern.de/frauen/erwerbsleben/orientierung.htm.

Kontakt:

Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Sabine Athen

Tel. 089 / 1261 - 1512

Fax 089 / 1261 - 1633

e-mail: sabine.athen@stmas.bayern.de

Impressum:

Bayerischer Landesfrauenausschuss
Zusammenschluss von 46 Mitgliedsverbänden
Winzererstr. 9
80797 München
Tel.: 089 1261 - 1412
Fax: 089 1261 - 1633
e-mail: Astrid.Lang@stmas.bayern.de
Verantwortlich: Dr. Astrid Lang

Der BayLFA ist nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die über einen Link erreicht werden.